



Eingaben im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu den Änderungen des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer [35]

1. Kantone [26]

- Kanton Aargau
- Kanton Appenzell-Ausserrhoden
- Kanton Appenzell-Innerrhoden
- Kanton Basel-Landschaft
- Kanton Basel-Stadt
- Kanton Bern
- Kanton Freiburg
- Kanton Genf
- Kanton Glarus
- Kanton Graubünden
- Kanton Jura
- Kanton Luzern
- Kanton Neuenburg
- Kanton Nidwalden
- Kanton Obwalden
- Kanton Schaffhausen
- Kanton Schwyz
- Kanton Solothurn
- Kanton St.Gallen
- Kanton Tessin
- Kanton Thurgau
- Kanton Uri
- Kanton Waadt
- Kanton Wallis
- Kanton Zug
- Kanton Zürich

2. Parteien [2]

- FDP.Die Liberalen
- SP

3. Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete [2]

- Schweizerischer Gemeindeverband
- Schweizerischer Städteverband

4. Dachverbände der Wirtschaft [3]

- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Schweizerischer Gewerbeverband SGV
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund

5. Übrige [2]

- GLEIF
- Centre patronal

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Einschreiben

Bundesamt für Statistik
Espace de l'Europe 10
2000 Neuchâtel

11. Mai 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 sind die Kantone eingeladen worden, zu oben erwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen.

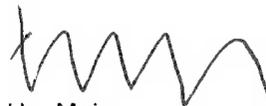
Wir danken für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass wir die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG) und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDV) grundsätzlich unterstützen und keine Bemerkungen dazu haben.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Susanne Hochuli
Landammann



Urs Meier
Staatschreiber i.V.

Kopie

- aemterkonsultationen@bfs.admin.ch



Kantonskanzlei, 9100 Herisau

Eidg. Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Thomas Frey
Ratschreiber-Stv.
Tel. +41 71 353 62 57
Fax. +41 71 353 68 64
Thomas.Frey@AR.CH

Herisau, 20. Mai 2016 / ssc

Eidg. Vernehmlassung; Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement des Innern EDI eingeladen, sich zur Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG; SR 431.03) und der Verordnung (UIDV; SR 431.031) über die Unternehmensidentifikationsnummer vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden befürwortet die vorgeschlagenen Änderungen des UIDG und der UIDV, die nötig sind, damit das BFS zur Schweizer LOU ernannt werden kann. Diese Lösung erlaubt es, die Infrastruktur, die bereits für die UID-Zuweisung besteht, zu verwenden und den LEI als Attribut der UID ohne Zusatzkosten zu implementieren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Thomas Frey, Ratschreiber-Stv.



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Departement des Innern
3003 Bern

Appenzell, 31. März 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 26. Februar 2016, mit welchem Sie in oben genannter Sache eine Vernehmlassung eröffnen und um Stellungnahme ersucht haben.

Die Standeskommission ist mit der vorgeschlagenen Revision einverstanden und verzichtet auf weitere Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- aemterkonsultationen@bfs.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Bern
per E-Mail an:
Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

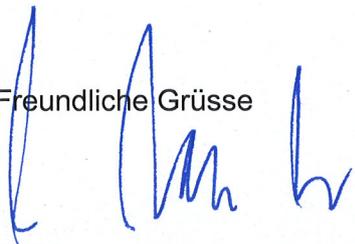
Liestal, 31. Mai 2016

**Vernehmlassung zum Entwurf einer Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung
über die Unternehmensidentifikationsnummer**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft kann dem erwähnten Geschäft zustimmen, allerdings soll den kantonalen Behörden daraus kein Zusatzaufwand entstehen. Weitere Bemerkungen haben wir nicht anzubringen.

Freundliche Grüsse



Dr. Anton Lauber, Regierungspräsident



Dr. Peter Vetter, Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Statistik
Espace de l'Europe 10
2000 Neuchâtel

Basel, 11. Mai 2016

Regierungsratsbeschluss vom 10. Mai 2016

**Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 an die Kantonsregierungen hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Herr Bundesrat Alain Berset, den Kantonen mit Frist bis 1. Juni 2016 Gelegenheit zur Stellungnahme zur geplanten Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer gegeben. Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens. Wir machen davon gerne Gebrauch und lassen Ihnen nachstehend unsere Stellungnahme zukommen.

Mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG) sowie der entsprechenden Verordnung (UIDV) werden die Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen Identifikators der Finanzmarktakteure auf der Basis eines internationalen ISO-Standards (Legal Entity Identifier, LEI) geschaffen. Damit wird ermöglicht, dass der LEI der schweizerischen Unternehmensidentifikationsnummer (UID) zugeordnet und beim Austausch von Finanzinformationen auf internationaler Ebene für die Identifikation der juristischen Einheiten bei der Zuordnung und Verarbeitung von Meldungen eingesetzt werden kann. Der Regierungsrat begrüsst die Revision des UIDG und der UIDV.

Die eidgenössischen und kantonalen Steuerbehörden führen die UID seit 1. Januar 2016 in ihren Steuerregistern und melden in ihrer Funktion als UID-Stellen die UID-Daten an das UID-Register. Im Rahmen des schweizerischen Meldewesens dient die UID als Identifikationsnummer. Ab dem Jahr 2018 wird die UID auch im automatischen und spontanen Informationsaustausch mit dem Ausland verwendet werden.

Der LEI stellt die logische und funktionale Erweiterung der UID dar und soll beim Austausch von Finanzinformationen auf internationaler Ebene für die Identifikation der juristischen Einheiten eingesetzt werden. Die Anwendung des LEI dürfte mittel- bis langfristig dazu führen, dass er für die Zuordnung und Verarbeitung von Meldungen auch in den kantonalen Datenmärkten bzw. in den kantonalen Steuerregistern geführt werden muss. Das Datenmodell der Fachapplikation NEST bspw., welche von verschiedenen kantonalen Steuerverwaltungen, u.a. jener des Kantons Basel-Stadt, für die Steuerveranlagung und den Steuerbezug eingesetzt wird, sieht vor, dass weitere Identifikationsnummern verwaltet werden können.

Mit der Einführung des LEI sollte aber vermieden werden, dass den Steuerbehörden daraus neue Aufgaben und Pflichten entstehen, bspw. dass der LEI zusätzlich zur UID auf geschäftsrelevante Dokumente aufgedruckt werden muss. So weisen die Steuerelemente schon heute zum Teil bis zu drei Identifikationsnummern (Steuerregisternummer, PersID und UID) zur Identifikation von juristischer Einheiten aus. Eine weitere Nummer würde die Kommunikation mit den juristischen

Einheiten statt vereinfachen zusätzlich verkomplizieren. Als führender Identifikator für juristische Einheiten soll die UID verwendet und der LEI nur optional und ohne Ausdruck auf steuerrelevante Dokumente geführt werden.

Gerne hoffen wir, Ihnen mit dieser Antwort gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

25. Mai 2016

RRB-Nr.: 604/2016
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen 11.36-16.12
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer;
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2010 über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG; SR 431.03) und der Verordnung vom 26. Januar 2011 über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDV; SR 431.031) eröffnet. Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzlich steht der Regierungsrat der Einführung einer weiteren Nummer, die – wie die bereits bestehende Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) – die eindeutige Identifikation von Rechtseinheiten bezweckt, kritisch gegenüber. Er erblickt darin eine Doppelspurigkeit sowie die Gefahr von Unübersichtlichkeit und Verwechslungen. Letzteres insbesondere weil der Legal Entity Identifier (LEI) zusammen mit der UID ebenfalls im UIDG und der UIDV geregelt und im UID-Register veröffentlicht werden soll.

Andererseits anerkennt der Regierungsrat das offensichtliche Bedürfnis, Rechtseinheiten auch international und länderübergreifend eindeutig zu identifizieren. Langfristig sollte auf ein einheitliches, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene taugliches Identifikationsmodell hingewirkt werden. Insofern ist es unglücklich, dass nicht bereits bei der Einführung der UID vor wenigen Jahren internationale Standards beachtet wurden. Unter den gegebenen

Umständen ist es zu begrüßen, dass nun vorerst eine Lösung vorgesehen wird, die im Wesentlichen auf bestehende Infrastruktur zurückgreift und lediglich minimale Investitionskosten nötig macht. Den Kantonen dürfen aus der Neuerung keine zusätzlichen Kosten erwachsen. Insbesondere dürfte nicht geplant sein, den LEI auch im Handelsregister zu veröffentlichen, denn dies hätte massive Auswirkungen auf die Kantone.

Zum Entwurf für die UIDV ergeben sich im Detail noch folgende Hinweise:

- In Art. 8a Bst. c UIDV fehlt vermeintlich ein Leerschlag („c. Zeichen 7–18: ein_eindeutiger alphanumerischer Teil, vom BFS zugewiesen;“).
- Die in Art. 8b Abs. 2 Bst. b UIDV erwähnte Stiftung nennt sich gemäss Handelsregistereintrag „Global Legal Entity Identifier Foundation“, nicht „Global Legal Entity Identifier System Foundation“.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber



Christoph Auer



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral de la statistique
Division Registres
Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Fribourg, le 22 mars 2016

Révision partielle de la loi fédérale et de l'ordonnance sur le numéro d'identification des entreprises
Réponse à la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à votre courrier du 26 février 2016 concernant l'objet noté en titre et vous informons que le canton de Fribourg n'a pas de remarque particulière à formuler à l'égard des dispositions proposées. Il n'y a en effet pas lieu de remettre en question l'attribution de la compétence d'émettre les numéros d'identification internationaux uniques (« Legal Entity Identifier », LEI) à l'Office fédéral de la statistique, eu égard aux liens qui existent entre cet identifiant et le numéro d'identification des entreprises (IDE), qui est déjà lui-même attribué par cet office.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Marie Garnier
Présidente



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 1^{er} juin 2016

EINGEGANGEN

- 2. Juni 2016

Registratur GS EDI

Le Conseil d'Etat

2717-2016



OFS-BFS-UST

5 03. Juni 2016

Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises: ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à votre courrier du 26 février 2016 et vous remercions d'avoir bien voulu nous consulter sur cette adaptation de la LIDE et de l'OIDE, qui doit permettre à la Suisse de participer au système mondial d'identification des acteurs des marchés financiers.

Nous sommes tout à fait favorables à votre proposition d'utiliser l'infrastructure existante de l'IDE (numéro d'identification des entités juridiques en Suisse) pour mettre en place et exploiter le nouvel identifiant mondial (Legal Entity Identifier LEI).

En effet, le système IDE géré depuis quelques années par l'Office fédéral de la statistique (OFS) répond au même besoin d'identification univoque et permet, sans grand investissement informatique, l'introduction du LEI en Suisse. Les cotisations versées par les entités demandant un LEI couvriront les quelques coûts supplémentaires engendrés par le nouvel identifiant.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Anja Wyden Guelpa

Le vice-président :

Serge Dal Busco

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI

Glarus, 30. Mai 2016
Unsere Ref: 2016-50

Vernehmlassung i. S. Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus unterstützt die vorgeschlagene Anpassung des UIDG und der UIDV, die es dem BFS erlauben, im Rahmen des globalen Legal Entity Identifier (LEI) Systems die Aufgabe einer LEI-Ausgabestelle wahrzunehmen. Den international tätigen Schweizer Unternehmen wird damit die Identifikation anhand einer einzigen, auf globaler Ebene anerkannten Nummer ermöglicht, was in grossem volkswirtschaftlichem Interesse der Schweiz liegt.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse


Marianne Lienhard
Regierungsrätin

E-Mail an: aemterkonsultaion@bfs.admin.ch

versandt am: 01. Juni 2016

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom
24. Mai 2016

Mitgeteilt den
24. Mai 2016

Protokoll Nr.
502

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)

per E-Mail an: Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 26. Februar 2016 und bedanken uns für die
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Regierung des Kantons Graubünden verzichtet auf die Einreichung von Bemerkungen, insbesondere weil das Geschäft keine Auswirkungen auf den Kanton zeitigt. Daneben werden den Unternehmen keine neuen Verpflichtungen auferlegt.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'intérieur
M. Alain Berset, Conseiller fédéral
Secrétariat général SG-DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel à : aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Delémont, le 12 avril 2016

Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises : ouverture de la procédure de consultation

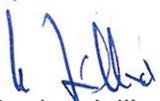
Monsieur le Conseiller fédéral,

En réponse à votre courrier du 26 février 2016, le Gouvernement de la République et Canton du Jura a l'avantage de vous faire parvenir sa prise de position dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge.

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura approuve la mise en place de l'identifiant unique des intervenants sur les marchés financiers (LEI : Legal Entity Identifier), lequel sera introduit au niveau mondial. Il valide donc la modification de la LIDE et de l'OIDE qui vise à confier à l'Office fédéral de la statistique le rôle d'entité locale (Local Operating Unit – LOU) chargée d'émettre les LEI et qui n'entraînera aucune obligation nouvelle pour les entreprises.

En vous remerciant de nous avoir associés à la consultation, nous vous présentons, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations les plus respectueuses.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Charles Juillard
Président




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI

per E-Mail an (Word- und PDF-Version):
Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Luzern, 17. Mai 2016

Protokoll-Nr.: 494

**Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV)
über die Unternehmensidentifikationsnummer**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern die Bestimmung einheitlicher Identifikatoren für die Unternehmensidentifikation und deren rechtliche Verankerung ausdrücklich begrüsst und der Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer zustimmt.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marcel Schwerzmann
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral
3003 Berne

Envoi par courrier électronique (Word)
Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de l'avoir consulté sur le projet Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises. Après examen des documents transmis, le Conseil d'État préavise favorablement cette révision.

Le Conseil d'État comprend tout à fait la décision du Conseil fédéral du 4 décembre 2015 d'établir les bases légales afin que le numéro d'identifiant unique des acteurs des marchés financiers (Legal Entity Identifier LEI) puisse être émis par l'Office fédéral de la statistique (OFS). Cette solution permettrait de profiter de l'infrastructure déjà en place pour l'attribution de numéro d'identification des entreprises IDE, de pouvoir disposer d'informations fiables et correctes et de garantir une stabilité des informations dans le temps.

En vous souhaitant bonne réception de la présente et en vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 31 mai 2016

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement des Innern
EDI
aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 10. Mai 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer. Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie uns eingeladen, zur Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Anpassungen im UIDG und in der UIDV einverstanden sind.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Hans Wicki
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Eidgenössisches Departement
des Innern

per Mail:
aemterkonsultation@bfs.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSZK.2477
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 4. Mai 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie uns die Dokumente zur Teilrevision des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2010 (UIDG; SR 431.03) und der Verordnung vom 26. Januar 2011 (UIDV; SR 431.031) über die Unternehmensidentifikationsnummer (UID) zugestellt und eine Vernehmlassungsfrist bis am 1. Juni 2016 gesetzt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Entscheidend für die erfolgreiche Einführung des LEI-Systems in der Schweiz ist ein reibungsloser und aufwandminimierter Prozessablauf. Der Aufwand für die betroffenen Regulierungsstellen und Unternehmen soll möglichst gering gehalten werden. Zudem erachten wir es als positiv, die LEI-Nummer für Unternehmen als fakultativ zu regeln und damit rein regional tätige Unternehmen nicht unnötig zu belasten. Die Verwendung der bereits etablierten UID-Infrastruktur als Grundlage wird daher begrüsst.

Weiter äussern wir uns zu folgendem Artikel der UIDV wie folgt:

zu Art. 8b

Zur reibungslosen Information des BFS an die Kantone sollen unter Art. 8b Ziff. 2 ebenfalls die kantonalen Regulierungsstellen als Meldungsempfänger der Zuweisungsbestätigung der LEI an UID-Einheiten aufgeführt werden.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Niklaus Bleiker
Landammann



Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)

Per E-Mail an:
aemterkonsultationen@bfs.ad-
min.ch

Schaffhausen, 24. Mai 2016

**Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die
Unternehmensidentifikationsnummer; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie uns eingeladen, zur oben genannten Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen innert Frist mit, dass wir die vorgesehene Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer begrüssen.

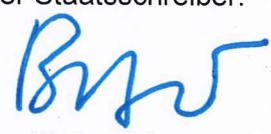
Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:


Dr. Reto Dubach

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger



6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

zusätzlich elektronisch an Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Schwyz, 18. Mai 2016 / ju

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend die Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer zur Vernehmlassung bis 1. Juni 2016 unterbreitet. Für die gewährte Fristerstreckung danken wir Ihnen.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz begrüsst die Anpassung des UIDG und der UIDV, um eine Local Operating Unit (LOU) in der Schweiz einführen zu können und damit die Ziele der G20 hinsichtlich der Risikokontrolle bei Finanztransaktionen sowie die Verbesserung der allgemeinen Qualität und der Genauigkeit von Finanzdaten zu erreichen. Weitere Bemerkungen oder Ergänzungen zur Vorlage haben wir keine anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

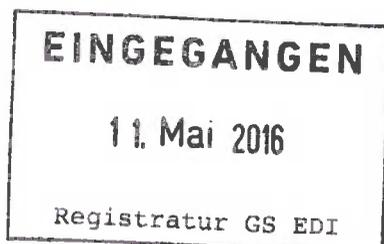
Andreas Barraud, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber





2 12 Mai 2016



Eidg. Departement des Innern EDI
Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher
Inselgasse 1
3003 Bern

9. Mai 2016

Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie uns den Entwurf zur Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer zur Vernehmlassung zugestellt. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden. Im Wesentlichen geht es um die Einführung eines Identifikatorensystems für Finanzmarktakteure. Während die Unternehmensidentifikationsnummer (UID) der Identifikation von juristischen Einheiten in der Schweiz dient, können mit der neuen Legal Entity Identifier (LEI) die Finanzmarkttransakteure auf internationaler Ebene identifiziert werden. Das UID-System und das LEI-System sind in Bezug auf Zweck und Definition identisch. Deshalb soll die UID-Infrastruktur die Grundlage für die Einführung der LEI bilden. In einer zweiten Phase, nach der Einführung, sollen jeder in dem Register aufgeführten Einheit Informationen zugeordnet werden können, anhand derer diese Einheit der Muttergesellschaft zugewiesen werden kann. Das Ziel ist eine konsolidierte (internationale) Datenbank, mit der potentielle Risiken anhand der Finanzbeziehungen zwischen den Einheiten analysiert werden können.

Für die Möglichkeit, uns zum Entwurf der Teilrevision äussern zu können, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Roland Fürst
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber



Eidgenössisches Departement des Innern
Schwanengasse 2
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 30. Mai 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 26. Februar 2016, mit dem Sie uns einladen, uns in der eingangs erwähnten Angelegenheit vernehmen zu lassen. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

Aus unserer Sicht ist der Anschluss der Schweiz an das globale Identifikationssystem für Finanzmarktakteure – das "Global Legal Entity Identifier System" (GLEIS) – zu begrüßen. Gemäss den Erläuterungen zu Art. 3 Abs. 1 Bst. g des Entwurfs zum UIDG dient der LEI demselben Zweck wie die UID, unterscheidet sich von dieser aber insbesondere dadurch, dass er von internationaler Bedeutung ist und dass er Einheiten wie Zweigunternehmen oder Fonds zugewiesen werden kann, bei denen es sich nicht um UID-Einheiten handelt. Aufgrund dieser Ausführungen gehen wir davon aus, dass die Einführung des LEI keinen Einfluss auf kantonal geführte Register, namentlich das Handelsregister hat. Die zentrale Vergabe, die Verwaltung und die Publikation des LEI durch das Bundesamt für Statistik erscheinen sinnvoll und zweckmässig.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung



Benedikt Würth
Präsident



Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail an:
aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di statistica UST

Invio per posta elettronica
Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Revisione parziale della legge federale (LIDI) e dell'ordinanza (OIDI) sul numero d'identificazione delle imprese; Apertura della procedura di consultazione

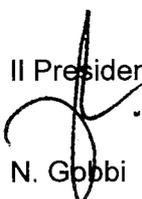
Gentili signore, egregi signori,

vi ringraziamo per averci interpellato nell'ambito della procedura menzionata in epigrafe e vi comunichiamo di non avere particolari osservazioni da trasmettere. Aderiamo senza riserve alle proposte di revisione parziale della legge federale (LIDI) e dell'ordinanza (OIDI) sul numero d'identificazione delle imprese.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

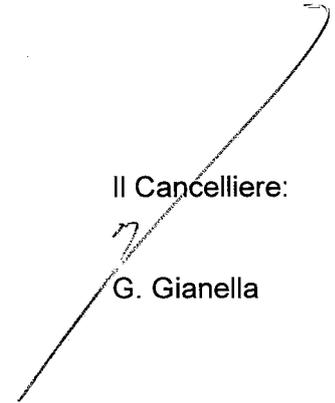
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



N. Gobbi

Il Cancelliere:



G. Gianella

Copia (con invio interno):

- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Ufficio statistica (dfe-ustat@ti.ch);
- Delegato per le relazioni confederali (delegato.berna@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (delegato.berna@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch; nicolo.parente@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 24. Mai 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmenssteueridentifikationsnummer

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Vernehmlassung in obiger Sache.

Nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen stimmen wir den Anpassungen im UIDG und in der UIDV im Zusammenhang mit der Einführung des LEI-Systems ohne weitere Bemerkungen zu.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Schwanengasse 2
3003 Bern

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Alain Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. Februar 2016 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG; SR 431.03) und der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDV; SR 431.031), Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Die Auswirkungen der Anpassungen betreffen den Bund und haben keine direkten Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden. Sie auferlegt den Unternehmen auch keine neuen Verpflichtungen.

Der Regierungsrat unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagenen Anpassungen des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 27. Mai 2016



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor

Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

EINGEGANGEN

30. Mai 2016

Registratur GS EDI

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne

Réf. : PM/15020200

Lausanne, le 25 mai 2016

Procédure de consultation – Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat à l'honneur de vous adresser sa prise de position en réponse à la consultation citée en exergue.

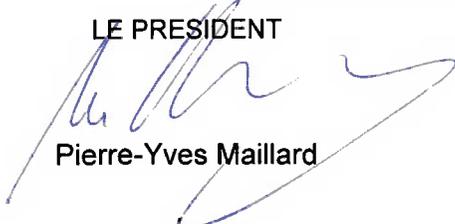
La participation de la Suisse à la mise en œuvre d'un système mondial d'identification des acteurs des marchés financiers de même que le contrôle des risques de certaines transactions financières ainsi que l'amélioration de la qualité générale et de l'exactitude des données financières voulues par le G20 nécessitent une adaptation de la législation suisse. Le Conseil d'Etat soutient dès lors le projet de révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises.

Nous demandons toutefois quelques modifications de terminologie. D'une part, la mention « au minimum » prévue à l'art. 10c, al. 2, LIDE doit être supprimée afin de renforcer le fait que les montants facturés doivent servir uniquement à la couverture des frais, la réalisation de bénéfices étant prohibée. D'autre part, nous requérons qu'il soit précisé aux art. 3, al. 1, let. g et 10a LIDE que les entités concernées par un LEI sont celles qui sont susceptibles d'être « contreparties à une transaction financière » et de remplacer le terme « filiale » par l'expression « véhicule d'investissement » (« Investitionsvehikel ») résultant d'une erreur de traduction et étendant le champ d'application à toute entité active dans le domaine des transactions financières.

En vous remerciant d'avoir donné la possibilité au Conseil d'Etat vaudois de s'exprimer sur cet objet, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT


Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER


Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SG-DECS



OFS-BFS-UST

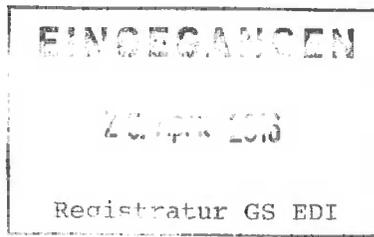
5 31. Mai 2016 7

SUS



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2016.01394



OFS-BFS-UST

27. April 2016 7

SUS

Monsieur
Alain Berset
Conseiller fédéral
Département fédéral de l'intérieur
Bundesgasse 3
3003 Berne

Date 20 AVR. 2016

Procédure de consultation : Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous faisons suite à votre lettre du 26 février 2016 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Le 4 décembre 2015, le Conseil fédéral a décidé que la Suisse participerait à la mise sur pied d'un système mondial d'identification des acteurs des marchés financiers. Un numéro d'identification unique et standardisé au niveau international Legal Entity Identifier (LEI) permettra d'améliorer la qualité des données financières et de faciliter l'évaluation des risques systémiques.

En Suisse, ce numéro d'identification sera utilisé, tout d'abord, dans le domaine des obligations de déclarer les transactions sur les dérivés et ce, conformément à la loi sur l'infrastructure des marchés financiers (LIMF).

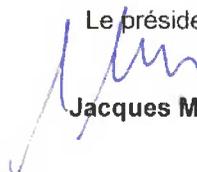
L'introduction d'un numéro d'identification des entités juridiques au niveau mondial (LEI) est la suite logique de la stratégie adoptée par le G20 afin de reconnaître chacune d'entre elles de manière univoque. Au niveau national, le numéro d'identification des entreprises (IDE) régit par la LIDE et l'OIDE suit le même objectif.

L'Office fédéral de la statistique (OFS) possède les connaissances et les compétences adéquates dans l'attribution de numéros d'identification. En effet, le processus d'attribution de l'IDE mis en place permet une création unique et qualitative des entités juridiques au niveau national. Il apparaît donc évident que la tâche d'attribution du LEI en tant que Local Operating Unit (LOU) soit attribuée à l'OFS.

C'est pourquoi, le Conseil d'Etat valaisan est favorable à la révision partielle de la loi (LIDE) ainsi que de l'ordonnance sur le numéro d'identification des entreprises (OIDE).

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Jacques Melly



Le chancelier

Philipp Spörri





Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
des Innern
3003 Bern

Zug, 31. Mai 2016 hs

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV)
über die Unternehmens-Identifikationsnummer – Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 hat das Eidgenössische Departement des Innern EDI die Kantonsregierungen im obengenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Vorausgeschickt sei, dass wir die Gesetzesänderung und die Ziele der vorgeschlagenen Massnahmen begrüssen.

Antrag:

Da der Legal Entity Identifier (LEI) ein Zusatzmerkmal des UID-Registers sein wird, darf keine Verpflichtung entstehen, diese im Handelsregister von Amtes wegen zu führen. Für den Fall, dass sie im Handelsregister als weiteres Identifikationsmerkmal zur UID zwingend zu führen sein sollte, hat die Wirtschaft die Kosten für die Implementierung bzw. Anpassung der entsprechenden Fachanwendungen zu tragen.

Begründung:

Die Implementierung der LEI würde eine Anpassung der bestehenden Fachanwendungen für den Betrieb des HReg verlangen. Da die LEI nur auf Antrag einer Rechtseinheit zugeteilt wird, ist die Kostentragung durch die Wirtschaft angemessen.

Im Weiteren erlauben wir uns auf Folgendes hinzuweisen:

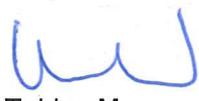
Falls die in der UIDV aufgeführten zu erwartenden Kosten von ca. CHF 174.00 als Eintrittsbeitrag und CHF 96.00 als Jahresbeitrag nicht überschritten werden, erachten wir diese für die betroffenen Unternehmen als tragbar. Es darf allerdings nicht sein, dass die Kosten in der Schweiz viel höher als im Ausland ausfallen (kein Swiss Finish). Ebenso muss der administrative Aufwand für die betroffenen Unternehmen möglichst klein gehalten werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Heinz Tännler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- Volkswirtschaftsdirektion
- Handelsregisteramt
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Ausgleichskasse / IV-Stelle Zug, Baarerstrasse 11, Postfach, 6300 Zug
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



Kanton Zürich
Regierung

OFS-BFS-UST

5 01. Juni 2016 7
sus

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

EINGEGANGEN

31. Mai 2016

Registratur GS EDI

25. Mai 2016 (RRB Nr. 508/2016)

**Teilrevision des Bundesgesetzes und der Verordnung
über die Unternehmensidentifikationsnummer
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Zuschrift vom 26. Februar 2016 haben Sie uns die Entwürfe für eine Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer zur Stellungnahme unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen die vorgesehenen Teilrevisionen des UIDG und der UIDV. Sie dienen der Erleichterung des elektronischen Datenaustauschs und der Förderung von Transparenz. Wir befürworten namentlich die Erweiterung des Merkmalskatalogs des schweizerischen UID-Registers mit dem LEI. Die Ansiedlung der LEI-Ausgabestelle beim BFS vereinfacht die Nutzung bei den UID-Stellen. Bestehende Infrastrukturen und bewährte Organisationsabläufe können wiederverwendet werden. Damit wird es einfacher, den LEI in E-Government-Anwendungen einzusetzen. Die internationale Standardisierung des Identifikators eröffnet zudem Perspektiven im Austausch mit dem Ausland und bei grenzüberschreitenden Anwendungen.

B. Bemerkungen zu Art. 10b UIDG des Vernehmlassungsentwurfs

Für eine weiter gehende Nutzung ist eine möglichst uneingeschränkte Verwendung erstrebenswert. Der LEI soll nur als Zusatzmerkmal der UID geführt werden (neuer Art. 10b). Im Unterschied zu den Kernmerkmalen (Art. 6 Abs. 2 UIDG), die öffentlich zugänglich sind (Art. 11 Abs. 1 UIDG), bleiben Zusatzmerkmale den UID-Stellen vorbehalten (Art. 11 Abs. 4 UIDG). Mit Blick auf die zukünftige Nutzung kann dies nachteilig sein.

Mithin ist der LEI als identisches System konstruiert, das die bestehende Identifikation der juristischen Einheiten in der Schweiz über die UID auf internationaler Ebene mit einer additiven Nummer ergänzen soll. Während die UID selbst zu den Kernmerkmalen gemäss

Art. 6 Abs. 2 Bst. a Ziff. 1 UIDG zählt und damit von der Öffentlichkeit eingesehen werden kann (Art. 11 Abs. 1 UIDG), ist die öffentliche Zugänglichkeit für den LEI gemäss dem Vernehmlassungsentwurf nicht vorgesehen. Vor dem Hintergrund, dass der LEI ergänzend zur UID auf internationaler Ebene die Identifikation der juristischen Personen sicherstellen will, erscheint diese Einschränkung systemwidrig. Es ist vielmehr naheliegend, den LEI, der beispielsweise die Identifikation von Finanzmarktakteuren erlaubt, als öffentlich zugängliches Identifikationsmerkmal zu konzipieren.

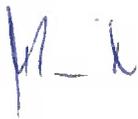
Die Einschränkung widerspricht auch dem Grundgedanken von Open Government Data, wonach nicht schützenswerte Daten frei zugänglich sein sollen. Der Wunsch nach mehr Transparenz hinsichtlich Unternehmen und ihren Verflechtungen wird zudem auch von der interessierten Zivilgesellschaft geäussert.

Die eingeschränkte Nutzung des LEI soll daher nicht durch die Kategorisierung als Zusatzmerkmal im Gesetz festgeschrieben werden. Stattdessen soll der LEI, wie die Handelsregisternummer, den Kernmerkmalen zugeordnet werden.

Wir beantragen eine diesbezügliche Anpassung des Art. 10b UIDG des Vernehmlassungsentwurfs sowie der entsprechenden Ausführungsbestimmungen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Der Staatsschreiber:



PLR.Les Libéraux-Radicaux, Case postale, 3001 Berne

Berne, le 30 mai 2016 / ft
VL_Unternehmensidentifikations-
nummer

Par email : Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

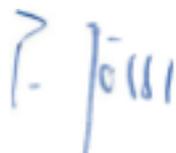
Le projet de révision a pour but d'adapter le cadre légal suisse afin de permettre de rejoindre le système d'identification des entreprises en vigueur au niveau international, resp. le Legal Entity Identifier (LEI). Ce système permet l'identification univoque de chaque entreprise au niveau mondial. La Suisse connaît déjà un système identique au niveau national avec le système d'identification des entreprises (IDE).

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux soutient le projet soumis à consultation. Cette révision resp. le LEI permettra une meilleure évaluation des risques en matière de transactions financières et améliorera la qualité générale des données financières. Un système déjà adopté par de nombreuses entreprises et fonds sis en Suisse (selon le rapport explicatif, 2'500 entités suisses sont déjà enregistrées dans le registre public GLEIF auprès d'une Local Operating Unit étrangère). Un Local Operating Unit suisse améliorera la qualité des données saisies et renforcera la place économique et financière helvétique. Le fait que le LEI puisse utiliser l'infrastructure IDE actuelle est également positif : cela permettra de limiter les coûts pour son implémentation et n'entraînera pas de nouvelles obligations administratives.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général



Petra Gössi
Conseillère nationale

Samuel Lanz



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS
Espace de l'Europe 10
2010 Neuchâtel

Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Bern, 1. Juni 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Teilrevision des UIDG und der UIDV. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die Teilrevision schafft die gesetzlichen Grundlagen, die das BFS dazu ermächtigen, im Rahmen des globalen Legal Entity Identifier (LEI) Systems die Aufgabe einer LEI-Ausgabestelle (sog. Local Operating Unit (LOU)) in der Schweiz kostenneutral zu übernehmen. Die Führung des LEI als Attribut zur Unternehmensidentifikationsnummer (UID) ermöglicht eine einfache Zuweisung dieses internationalen Identifikators durch das BFS. Mit der Einführung eines einheitlichen internationalen Identifikators (LEI) soll künftig die Qualität von Finanzdaten verbessert und die Beurteilung von Systemrisiken erleichtert werden. Anhand des LEI sollen sich künftig alle Einheiten, die an Finanzmärkten teilnehmen, die im Zahlungsverkehr und insbesondere im Derivatehandel tätig sind (z.B. Banken, Rohstoffhändler, Fonds), eindeutig identifizieren lassen. In der Schweiz wird diese Identifikationsnummer in einem ersten Schritt für Meldepflichten beim Derivatehandel verwendet. Der LEI trägt dazu bei, die Ziele der G20 zu erreichen, nämlich die Risikokontrolle bei Finanztransaktionen sowie die Verbesserung der allgemeinen Qualität und der Genauigkeit von Finanzdaten. Für die Schweiz und insbesondere für die Bundesbehörden ist es unerlässlich, über zuverlässige, korrekte Informationen zu verfügen. Insbesondere für die Regulierungsbehörden,

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

das heisst Einheiten, die öffentliche Politik betreiben, ist es unabdingbar, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen langfristig stabil und die Rolle der LEI-Ausgabestelle (sog. Local Operating Unit (LOU)) nachhaltig ist. Aber auch für den privaten Sektor sind qualitativ hochstehende Infrastrukturen und Leistungen entscheidend. Die vorliegende Teilrevision stellt dies sicher und sorgt gleichzeitig dafür, dass im Einklang mit dem FHG die Zuteilung des LEI durch das BFS weder zusätzliche Kosten für den Bund generiert, noch dadurch ein Gewinn erzielt werden darf. Vielmehr wird die Einführung des LEI-Systems für den Bund lediglich Investitionskosten von ca 185'000 Franken zur Folge haben, bevor das System seine Kosten selber decken kann, indem die Unternehmen für die Kosten weitgehend selber aufkommen. Aus all diesen Erwägungen begrüsst die SP Schweiz die vorgeschlagene Teilrevision von UIDG und UIDV.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Kocher Pascale BFS

De: Tamara Angele <Tamara.Angele@chgemeinden.ch>
Envoyé: mercredi 1 juin 2016 09:52
À: _BFS-Aemterkonsultationen
Objet: Vernehmlassung: Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer / KSN SGV

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 26. Februar 2016 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1650 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat

Reto Lindegger

Schweizerischer Gemeindeverband

Laupenstrasse 35, Postfach 8022

3001 Bern

Tel. 031 380 70 00

verband@chgemeinden.ch

www.chgemeinden.ch



Bundesamt für Statistik
Espace de l'Europe 10
2010 Neuchâtel

aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Bern, 3. März 2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Direktorin

Renate Amstutz



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidg. Departement des Innern EDI
3003 Bern

Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Zürich, 18. März 2016 lr
rindlisbacher@arbeitgeber.ch

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Februar 2016 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da die Vorlage nicht unter die durch den Schweizerischen Arbeitgeberverband behandelten Themen fällt, resp. die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor

De : Schneider Henrique [<mailto:h.schneider@sgv-usam.ch>]

Envoyé : vendredi 3 juin 2016 11:15

À : _BFS-Aemterkonsultationen <Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch>

Objet : AW: UIDG und UIDV

Sehr geehrte Damen und Herren

Für das Gespräch mit den BFS-Vertretenden am 2. Juni 2016 bedanke ich mich. Wie anlässlich des Gesprächs zugesagt, bestätige ich nun schriftlich folgende Aussagen.

1. Unsere Stellungnahme erwägt das gesamte Umsetzungsverfahren - vor allem seine 2. Phase. Die darin aufgestellten Reservationen und Forderungen sind insbesondere auf die Weiterentwicklung des UID-LE applizierbar.

2. Solange die UID-LE freiwillig ist - d.h. weder verpflichtend, noch sektoriell-verpflichtend sind noch vom Regulator verlangt werden -, hat sie einen privaten Charakter. Die Kosten sollen die privaten Beantragenden tragen.

Freundliche Grüsse

Henrique Schneider

stv. Direktor

Von: Schneider Henrique

Gesendet: Montag, 23. Mai 2016 07:30

An: aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Betreff: UIDG und UIDV

Sehr geehrte Damen und Herren

Bitte entnehmen Sie unsere Antwort aus dem Anhang.

Freundliche Grüsse

Henrique Schneider

Ressortleiter

Wirtschaftspolitik

Umwelt- und Energiepolitik

Schweizerischer Gewerbeverband **sgv**

Schwarztorstrasse 26

Postfach

3001 Bern

Tel 031 380 14 38

Mob 079 237 60 82

Fax 031 380 14 15

h.schneider@sgv-usam.ch

www.sgv-usam.ch

Bundesamt für Statistik
aemterkonsultation@bfs.admin.ch

Bern, 23. Mai 2016 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort UIDG und UIDV

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt die Vorlage insgesamt ab. Die Materialien sind widersprüchlich, insbesondere in den Angaben bezüglich der Notwendigkeit und des Nutzens der Vorlage. Zudem verursacht die Vorlage Regulierungskosten.

Der sgv könnte der Vorlage zustimmen, wenn folgende zwei Bedingungen kumulativ erfüllt würden:

- Den betroffenen Unternehmen und Rechtseinheiten wird ein „opt-out“ angeboten und
- Alle Kosten werden vom Bund übernommen.

Zum „opt-out“:

In den Materialien wird nicht dargelegt, warum alle betroffenen Unternehmen und Rechtseinheiten den LEI-Zusatz führen müssen. Einige der über 50'000 betroffenen führen keine Geschäfte und Transaktionen durch, die gemäss den selbstauferlegten Verpflichtungen des Bundesrates den LEI-Zusatz benötigen. Diese Unternehmen und Rechtseinheiten zum Zwecke der besseren Überwachung und der Vereinfachung des Vollzugs der Zusatzregulierung zu unterstellen, stellt den paradigmatischen Fall der Verletzung gegen das Verhältnismässigkeitsgebot dar. Diesen Unternehmen und Rechtseinheiten ist mindestens das Anrecht auf ein „opt-out“ einzuräumen und dieses krasse Missverhältnis zu minimieren.

Zur Kostentragung durch den Bund:

Die Materialien stellen den Bund (Bundesbehörden und Regulatoren) als Nutzniesser der Regelung dar (siehe Materialien S. 11 und 16). Gemäss den Materialien profitiert der Bund, weil er die Unternehmen, Rechtseinheiten und gegebenenfalls deren Transaktionen besser bewachen, überwachen und statistisch erfassen sowie zeitiger eingreifen (Worin eigentlich? Die Materialien erklären dies nicht) kann. Es ist nichts als richtig, dass der grosse Nutzniesser nicht nur den Nutzen, sondern auch die dafür entstandenen Kosten selber trägt. Diese den regulierten Unternehmen und Rechtseinheiten zu überwälzen, widerspricht dem Verursacherprinzip sowie dem Gebot rechtmässigen staatlichen

Handelns (der Staat darf nicht Verpflichtungen eingehen, von denen er weiss, dass sie Kosten generieren und von denen er annimmt, die Kosten überwälzen zu können).

Zu den Materialien im Allgemeinen:

In den Materialien wird beispielsweise von Risikoerkennung gesprochen (S. 6). Gleichzeitig wird betont, es handle sich nur um eine Vollzugsanpassung (S. 1). Risikoerkennung ist keine Vollzugsanpassung. Im Gegenteil: Risikoerkennung gibt der Vorlage eine materielle Brisanz, die keine „reine“ Vollzugsanpassung haben kann. Das wird dadurch noch verstärkt, als der Inhalt jener Risiken, die erkannt werden könnten, weder umschrieben, noch materialisiert, noch plausibilisiert wird. Ja, die Risiken werden – möglicherweise bewusst – diffus angeführt. Das zeugt von mangelnder Seriosität in der Vorbereitung der Vorlage oder – was viel schlimmer wäre – von zwanghaften Ängsten vor bloss suggerierten Sachverhalten.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Vorlage weder um ihre eigene Verhältnismässigkeit bemüht ist, noch die notwendige Sorgfalt in ihrer Vorbereitung eingehalten hat. Die Maximierung des Nutzens des Bundes bei gleichzeitiger Minimierung seiner finanziellen und anderweitigen Verpflichtungen geschieht durch vollständige Externalisierung der Kosten an die Privaten. Das ist unter keinen Umständen akzeptabel.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor

Département fédéral de l'intérieur

Adresse électronique :

Aemterkonsultationen@bfs.admin.ch

Berne, le 31 mai 2016

Révision partielle de la loi fédérale (LIDE) et de l'ordonnance (OIDE) sur le numéro d'identification des entreprises : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous prononcer sur l'adaptation de la LIDE et de l'OIDE qui doit habiliter l'Office fédéral de la statistique (OFS) à assumer le rôle de Local Operating Unit (LOU) dans le cadre du système mondial d'identification des acteurs des marchés financiers (Legal Entity Identifier LEI) et lui permettre, à ce titre, d'émettre le LEI en Suisse. Un numéro d'identification unique et standardisé au niveau international permettra d'améliorer la qualité des données financières, voire de faciliter l'évaluation des risques systémiques.

L'USS soutient les adaptations proposées tant au niveau de la loi fédérale qu'au niveau de l'ordonnance.

Veuillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

UNION SYNDICALE SUISSE



Paul Rechsteiner
Président



José Corpataux
Secrétaire central

GLEIF | Bäumleingasse 22 | 4051 Basel | Schweiz

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
- Bundesamt für Statistik -
Espace de l'Europe 10
2010 Neuchâtel
Schweiz

Ihr Ansprechpartner
Sven Schumacher

Telefon +41 61 50870 45
E-Mail sven.schumacher@gleif.org

Basel
23.05.2016

Teilrevision des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Global Legal Entity Identifier Foundation (GLEIF) begrüsst die Anpassung des Bundesgesetzes (UIDG) und der Verordnung (UIDV) über die Unternehmensidentifikationsnummer, um das Bundesamt für Statistik zu ermächtigen, die Aufgabe einer Local Operating Unit (LOU) im Rahmen des Global Legal Entity Identifier Systems (GLEIS) wahrnehmen zu können.

Wir haben die Vernehmlassungsunterlagen aufmerksam gelesen und möchten Ihnen im Folgenden unsere Anmerkungen mitteilen.

Erläuternder Bericht zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG) sowie der entsprechenden Verordnung (UIDV)

Im Abkürzungsverzeichnis auf Seite 3 wird eine Central Operating Unit (COU) genannt. Die Funktion der COU wurde mittlerweile durch die GLEIF übernommen, weshalb wir vorschlagen, die Definition der COU in die Beschreibung der GLEIF zu überführen und die Zeile zur COU zu löschen.

Hinsichtlich der Abkürzung GEI möchten wir anmerken, dass es sich beim GEI um einen lokalen deutschen Identifier und nicht um eine LOU handelte. Der GEI wurde von einer der beiden deutschen LOUs, dem WM Datenservice, vergeben. Seit Ende Juli 2014 sind alle vom WM Datenservice vergebenen GEI zu LEI geworden. Die bisherige Bezeichnung GEI wird nicht weiter verwendet.

Zum vorletzten Absatz in Abschnitt „1.1 Was ist der LEI?“ auf Seite 7 möchten wir ergänzen, dass die auf der Website www.gleif.org publizierten LEI-Daten unlimitiert von jedermann für jegliche Zwecke und ohne Kostenfolge heruntergeladen werden können.

In Abschnitt „1.4 Grundsätze der Implementierung der LOU in der Schweiz“ könnte folgender Text nach Satz 1 eingefügt werden, um das Akkreditierungsverfahren zu beleuchten. „Sobald die GLEIF das BFS für den Akkreditierungsprozess zugelassen hat, wird das BFS auf der Website der GLEIF als Kandidat aufgenommen. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Akkreditierungsprozesses erhält das BFS den Status einer LOU und kann damit beginnen LEIs vergeben.“

Der 4. Absatz auf Seite 11 im selben Abschnitt sollte folgendermassen korrigiert werden: „... Es gilt hierbei der Grundsatz, dass die LOU das Unternehmen die Richtigkeit ihrer ~~ans GLEIS~~ an die LOU übermittelten Daten jährlich überprüft und die LOU die übermittelten Daten verifiziert, bevor sie diese an die GLEIF weiterleitet. ...“

Bezüglich der in der Tabelle auf Seite 12 gezeigten Tarifen gehen wir davon aus, dass die Kosten zur Erstellung und Qualitätssicherung der LEIs, durch eine zunehmende LEI Population (nicht nur auf dem Finanzsektor) und vermehrtem Wettbewerb unter den einzelnen LOUs, stark sinken werden.

Zu den in Ziffer „3.1.1 Vorteile“ genannten Punkten gehört unseres Erachtens ebenso, dass der LEI von Schweizer Unternehmen auch auf internationaler Ebene eingesetzt werden kann, um sich gegenüber ausländischen Behörden oder Handelspartnern einfacher, schneller und damit kostengünstiger identifizieren zu können („know-your-customer“).

Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG)

Da dauerhafte Verlässlichkeit und Aktualität der LEI Daten wichtige Punkte innerhalb der GLEIS-Prinzipien darstellen, ist eine jährliche kostenpflichtige Überprüfung/Erneuerung der LEI vorgesehen. Damit soll sichergestellt werden, dass allfällige Änderungen der mit der LEI verbundenen Businesscard Informationen zeitnah in die LEI Datenbank aufgenommen werden oder bestätigt wird, dass bereits vorhandenen Daten weiterhin unverändert Gültigkeit besitzen.

Wir empfehlen daher den Vorentwurf des UIDG folgendermassen anzupassen:

Art. 2 Bst. d

Dieses Gesetz regelt:

d. die Zuweisung, Erneuerung und Verwendung der einheitlichen internationalen Identifikationsnummer (Legal Entity Identifier, LEI).

Art 10c Kosten

Abs. 1 ~~Die~~ Zuweisung und jährliche Erneuerung sind ~~ist~~ kostenpflichtig.

Verordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV)

Wir empfehlen die UIDV analog dem UIDG hinsichtlich der jährlichen Erneuerung anzupassen:

Art 8c Kosten

Abs. 1 Die Kosten für die Zuweisung der LEI berechnet das BFS jährlich in Abhängigkeit des vom BFS zu bezahlenden Jahresbeitrags an die GLEIF, der Anzahl LEI-Zuweisungs-gesuche und Erneuerungsgesuche und der Betriebskosten des Systems.

Abs. 2 Die Summe der jährlich vom BFS erhobenen Einnahmen für die Zuweisung und Erneuerung der LEI muss der Summe der jährlichen Beitragszahlung an die GLEIF und der Betriebskosten des Systems entsprechen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anregungen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen könnten und stehen Ihnen für allfällige Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Wolf
CEO



Sven Schumacher
General Counsel

Département fédéral de l'intérieur
DFI
Inselgasse 1

3003 Berne

Paudex, le 12 mai 2016
ME/dem

Consultation fédérale – Révision partielle de la loi et de l'ordonnance sur le numéro d'identification des entreprises LIDE et OIDE

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance du dossier cité en titre et vous faisons part de notre commentaire à son sujet.

Dans l'ensemble, le projet convient. Il est en effet judicieux de confier la distribution du numéro d'identification international (LEI) à l'Office fédéral de la statistique, déjà en charge du numéro d'identification des entreprises suisse (IDE). Ce service sera payant à juste titre. Toutefois, le principe « les montants facturés couvrent les frais ni plus ni moins » devrait être renforcé à l'article 10 c de la loi LIDE, alinéa 2: les montants facturés doivent couvrir les frais; la mention « au minimum » est superflue.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre remarque, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal



Mireille Prêtre